

Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Hilden am 22.11.2023

der Fraktion der AfD

Für unsere deutsche Muttersprache - Gegen ideologische Sprachvorschriften in der Stadtverwaltung Hilden

A Appell an den Bürgermeister

1. Die Stadtverwaltung Hilden verwendet ab sofort in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine Gender-Sprache mehr.
2. Der Stadtrat Hilden stellt fest, dass Sprache eines der wichtigsten Ausdrucksmittel der Menschen ist und eine Beeinflussung der Verwaltungsmitarbeiter zum Beispiel mittels Gender-Sprech-Leitfaden abzulehnen ist.
3. Mitarbeiter der Stadtverwaltung, welche die amtliche deutsche Rechtschreibung nutzen, dürfen keine Nachteile erfahren.

B Problem und aktuelle Lage

Linke Gruppen versuchen seit einigen Jahren an deutschen Behörden, Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen sowohl „gengerechte“ Schreib- als auch Sprechweisen durchzusetzen. Andersdenkende werden in diesen Bereichen teilweise unter Druck gesetzt, die von oben verordnete ideologische Sprache zu übernehmen, da sonst Nachteile (z.B. schlechte Bewertungen bzw. Punktabzug)¹ drohen:

„Studenten schreiben aus Angst vor schlechten Noten widerstrebend in der Gender-Sprache; Forscher, die etwa Anträge bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG stellen, fürchten Schwierigkeiten, wenn sie nicht alle Texte durchgendern; selbst in Schulen kommt es immer häufiger vor, dass Lehrer den Kindern mindestens

¹ <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/gendern-an-der-uni-student-an-der-uni-kassel-ueber-punktabzug-17282305.html>

nahelegen, zu gendern – trotz eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz, dass die amtliche Rechtschreibung zu lehren ist.“²

Eine Gleichberechtigung wird allerdings nicht durch die Erschaffung von Begriffen wie „zu-Fuß-Gehende“, „Fahrrad-Fahrende“, „Studierende“, oder „Bürger*Innenmeister*in“ erreicht, sondern trennt die Menschen.

Das grammatikalische Geschlecht eines Wortes steht in der deutschen Sprache nicht zwangsläufig in einem Zusammenhang mit dem biologischen Geschlecht oder der sexuellen Vorliebe. So kann „die Person“ und „die Führungskraft“ auch ein Mann sein und „die Teilnehmer“ kann eine Gruppe von Männern und Frauen umfassen.

65 Prozent der Deutschen „lehnen etwa Formulierungen wie Zuhörende statt Zuhörer und die Nutzung des großen Binnen-Is (WählerInnen) in der Schriftsprache ebenso ab, wie eine Kunstpause vor der zweiten Worthälfte (Pendler_innen) in der gesprochenen Sprache.“³

Eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ergab, dass 71 Prozent der Bürger Gendersprache in den Medien ablehnen.⁴ Selbst unter den Anhängern der Linkspartei und den Grünen lehnt jeweils eine Mehrheit die Gender-Sprache ab.⁵

Im privaten Raum kann jeder schreiben und sprechen, wie er möchte, eine Ideologisierung unserer Muttersprache durch staatliche Stellen ist jedoch einer Demokratie unwürdig und daher abzulehnen.

Für die Fraktion der Alternative für Deutschland gilt, dass Sprache zusammenführen und einen soll und nicht von oben einer politischen Ideologie unterworfen werden darf.

Marlon Buchholz

und Fraktion

² <https://www.cicero.de/innenpolitik/gendern-verwaltung-cdu-christoph-ploss-identitaetspolitik>

³ <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/gendern-an-der-uni-student-an-der-uni-kassel-ueber-punktabzug-17282305.html>

⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/zdf-politbarometer-riesige-mehrheit-gegen-gender-sprache-in-medien-77127224.bild.html>

⁵ <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/weiter-vorbehalte-gegen-gendergerechte-sprache/>